

Diskussionspapier Klimapolitik

Für eine soziale, gerechte und nachhaltige Klimapolitik

Zusammenfassung der zentralen Thesen

- Der **Klimawandel** gehört (neben der atomaren Rüstung) zu den **größten Bedrohungen**, der sich die Menschheit z.Zt. gegenüber sieht.
- Klimapolitik nur als Aspekt der Umweltpolitik zu begreifen, wäre fatal, denn die **Herausforderungen des Klimawandels** erfordern eine **alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereiche umfassende Politik**.
- Daher ist ein **gesamtgesellschaftlicher Ansatz** die Grundvoraussetzung für ein politisches Projekt, das die Anforderungen durch den Klimawandel sozial verträglich und demokratisch organisiert annimmt. Dieser Ansatz darf in keinem Fall bevormundend, sondern muss in jedem Fall demokratisch vermittelt sein.
- Den **demokratisch legitimierten Institutionen** - auf nationaler Ebene Parlamente und Regierungen, auf internationaler die UN-Organisationen - kommt dabei die Rolle zu, die **Ziele** zur Bewältigung des Klimawandels und die dafür geeigneten Instrumente zu **definieren**. Der effiziente Einsatz von überwiegend marktorientierten Instrumenten darf dabei nicht zu Umverteilungen führen, die zu Lasten der Schwächeren gehen.
- Eine gerechte, soziale und nachhaltige Klimapolitik ist daher ein **ur-sozialdemokratisches Thema**. Die SPD muss sich dieses Themas vorrangig annehmen und sich als Vorreiter positionieren mit dem Ziel, die unvermeidlichen gesellschaftlichen und sozialen Folgen einer effektiven Klimapolitik abzufedern und soweit als möglich positiv zu gestalten.
- Das Zusammenfallen der Klima-, Energie- und Wirtschaftskrise eröffnet eine einmalige Chance, eine **gesellschaftliche Dividende** einzufahren, und damit einer gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaftsordnung zum Durchbruch zu verhelfen.
- Eine den Bedingungen des Klimawandels angepasste Form des Wirtschaftens und des Umgangs mit Ressourcen kann nur einhergehen mit einem **Wertewandel** wie er durch die sozialdemokratischen Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität, zum Ausdruck kommt.
- Ein wirksames Vorgehen gegen den Klimawandel verbunden mit einer positiven Gestaltung der Lebensumwelt kann nur und ausschließlich im Rahmen internationaler, d.h. **globaler Zusammenarbeit** gelingen. Die Richtung kann aber nur bestimmen, wer auf nationaler Ebene vorangeht.
- Eine positive Lösung der Klimafrage setzt eine **solidarische Gesellschaft** auf globaler Ebene voraus. Eine negative Lösung würde ohne Kriege um knappe Ressourcen, Rückzugs- und Zufluchtsräume sowie erträgliche Lebensbedingungen nicht auskommen.
- Die Klimapolitik ist ein **Politik und Zukunft entscheidendes Thema**. Eine überzeugende Klimapolitik alleine wird zwar auch in der Zukunft nicht ausreichen, um Wahlen zu gewinnen, aber ohne eine solche werden in der Zukunft auch keine Wahlen mehr gewonnen werden.
- Die SPD kann durch konkrete Maßnahmen in diesem Sinne entscheidend dazu beitragen, dass die **SPD** in Zukunft und auch bei jungen Wählern und Wählerinnen wieder **glaubwürdig und wählbar** wird.

Kopenhagen: Erfolg im Mißerfolg?

Gemessen an dem, was für eine erfolgreiche Klimapolitik notwendig ist, war Kopenhagen ein Mißerfolg. Darüber kann auch der „Copenhagen accord“ nicht hinwegtäuschen. Das heißt aber nicht, dass überhaupt keine Fortschritte erreicht wurden und erst recht nicht, dass die Welt nun in den Klimaabgrund fällt. Noch bleibt Zeit, aus den Fehlern von Kopenhagen zu lernen und es als heilsamen Schock zu begreifen.

Auch wenn ein rechtlich verbindliches Abkommen von Kopenhagen nicht erwartet werden konnte, ist der Ausgang von Kopenhagen enttäuschend. Auf der anderen Seite hat Kopenhagen bewiesen, dass der Klimawandel nun von allen Staaten auf der Erde als ernstes Problem anerkannt wird. Daran wird sich voraussichtlich auch nichts mehr ändern, selbst wenn die USA auf absehbare Zeit für eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel nicht zur Verfügung stehen. Es muss darauf hingewirkt werden, dass das Bewußtsein des Scheiterns von Kopenhagen den Boden für erfolgreichere Verhandlungen in Bonn (Juni 2010) und Mexiko (Dezember 2010) bereitet, wobei die EU das jetzt wieder deutlich gewordene Vakuum der Amerikaner mit ausfüllen muss.

Die UN ist als Rahmen für die internationale Klimapolitik unersetzbar. Aber Klimapolitik setzt „globales Denken, lokales Handeln“ auf jeder Ebene und bei jedem Einzelnen voraus. Die SPD muss dies als Chance begreifen und sich so in einem zentralen Zukunftsfeld überzeugend positionieren.

Einige zentrale Überlegungen

Die im Anhang erläuterten Fakten werfen eine Reihe gravierender Fragen nach ihren Auswirkung auf die Industriegesellschaften im allgemeinen und Deutschland im besonderen auf. Die folgenden Überlegungen sind vor diesem Hintergrund zu sehen und zu verstehen.

- Eine Reduktion von Treibhausgasen (meist CO₂) um 80 – 95% bis 2050 in einer Industriegesellschaft wie Deutschland ist ohne massive und weitgehende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Veränderungen nicht vorstellbar. Diese Einschnitte müssen evolutionären Charakter haben und letztlich von der ganzen Gesellschaft (und nicht nur einer Mehrheit oder Eliten) mitgetragen werden.
- Das Zusammenfallen der Klima-, Energie- und Wirtschaftskrise eröffnet eine einmalige Chance, eine gesellschaftliche Dividende einzufahren, die sich aus der erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels, der Schaffung einer sauberen und umweltgerechten Energieversorgung sowie einer Überwindung der Wirtschaftskrise ergibt, die heutige und zukünftige Probleme löst und nicht schafft.
- Die Kosten des unvermeidlichen Übergangs in eine „low-carbon-economy“ hier und anderswo werden gewaltige Anstrengungen verursachen und tiefgreifende Umstrukturierungen der Haushalte der Industrieländer mit sich bringen. Diese müssen sozialverträglich und gerecht ausgestaltet werden.
- Es ist schwer vorstellbar, dass die gegenwärtige Werthierarchie der Gesellschaft in den industrialisierten Ländern wie Deutschland und der EU solche notwendigen Veränderungen zuläßt und mitträgt. Eine kulturelle Hegemonie von Werten¹, die einer gerechten und solidarischen (Welt-)Gesellschaft entsprechen und daher auch den Anforderungen von Nachhaltigkeit Rechnung tragen, ist daher unerläßlich.
- Darüber hinaus gilt es, die Rolle demokratisch legitimierter Institutionen (auf nationaler Ebene Parlamente und Regierungen, auf internationaler Ebene die UN Institutionen wie

¹ Nach Antonio Gramsci

UNFCCC und IPCC) für die Bewältigung des Klimawandels weiter zu stärken. Während marktwirtschaftliche Instrumente oft – aber keineswegs immer – eine hohe wirtschaftliche Effizienz versprechen, muss aber auch verhindert werden, dass sie zur Umverteilung führen, die zu Lasten der Schwächeren gehen oder gar neue Spekulationsblasen erzeugen.

- Ein auf rein materielle Vermehrung des Reichtums ausgerichtetes Wachstumsverständnis in der Wirtschaft hat nicht nur seine Unfähigkeit zur Lösung von globalen Problemen bewiesen, sondern ist letztendlich auch die Ursache globaler Probleme wie dem Klimawandel, aber auch des wieder zunehmenden Hungers auf der Welt. Das heißt nicht, dass differenziertes wirtschaftliches Wachstum ausgeschlossen sein soll, aber es bedeutet, dass materiell reichere Länder ihre Wohlstandsvermehrung nicht mehr an rein materielles Wachstum koppeln dürfen. An die Stelle des materiellen Wachstums muss ein Wachstum des Wohlergehens treten.
- Eine „neue Makroökonomie“², die den Herausforderungen des Klimawandels und den sozialen Bedürfnisse der Menschen gerecht wird und sich mehr am Wohlergehen anstelle des Wachstums orientiert, wird daher unumgänglich und muss entwickelt werden. Ein erster Ansatz hierzu ist die Neubewertung und Neudefinition gängiger wirtschaftlicher Indikatoren, wie dem Bruttosozialprodukt und den ihm zugrundeliegenden Mechanismen.
- Ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz ist die Grundvoraussetzung für ein politisches Projekt, das die Anforderungen durch den Klimawandel sozial verträglich und demokratisch organisiert annimmt. Dieser Ansatz muss alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche umfassen, darf in keinem Fall aber bevormundend, sondern muss in jedem Fall demokratisch vermittelt sein. Eine notwendige Prioritätensetzung von Zielen im Falle von Zielkonflikten muss durch demokratische Institutionen legitimiert werden.
- National und international wird sich die Frage nach (materieller) Verteilungsgerechtigkeit in mehrfacher Hinsicht stellen. Es liegt auf der Hand, dass diejenigen, die mehr und am meisten vom gegenwärtigen System des Wirtschaftens profitiert haben und noch profitieren, auch in diesem Maße zur Beseitigung der negativen Folgen ihres Wohlstandes beitragen müssen. Dies liegt langfristig in ihrem objektiven Interesse, da zunehmende Ungerechtigkeit und Ungleichgewichte immer neue und schwierigere Probleme nach sich ziehen, die mehr und mehr den eigenen Wohlstand in Frage stellen werden.
- Der Klimawandel und die sich daraus ergebenden Herausforderungen haben die banale und zugleich fundamentale Erkenntnis für alle deutlich sichtbar gemacht, dass in einer globalen Welt Teillösungen oder isolierte Lösungen keine wirklichen Lösungen sind. Lösungen müssen entweder alle betreffen und umfassend sein oder sie können nicht als solche gelten. Eine positive Lösung der Klimafrage setzt eine solidarische Gesellschaft auf globaler Ebene voraus. Eine negative Lösung würde ohne Kriege um knappe Ressourcen, Rückzugs- und Zufluchtsräume sowie erträgliche Lebensbedingungen nicht auskommen.
- Eine gerechte, soziale und nachhaltige Klimapolitik ist daher ein ur-sozialdemokratisches Thema.

Klimapolitik als umfassende Politik begreifen

Aus dem oben Gesagten geht hervor, dass Klimapolitik viel mehr als „nur“ Umweltpolitik ist. Die Bewältigung der Herausforderung des Klimawandels setzt eine alles umfassende

² Siehe den Bericht des Sustainable Development Committee (Sachverständigenbeirat Nachhaltige Entwicklung beim Britischen Premierminister) „Prosperity without growth? The transition to a sustainable growth“

politische und gesellschaftliche Strategie voraus, die nicht nur ganz konkrete Auswirkungen auf alle Bereiche der Politik, sondern auch der Gesellschaft hat. Einige, nicht erschöpfende Beispiele seien hier aufgeführt:

- **Wirtschaft:** eine Umstrukturierung der Wirtschaft ist unvermeidlich. Die Kosten von Treibhausgasemissionen können nicht mehr als „externe Kosten“ behandelt werden, sondern müssen sich so weit als möglich in der Produktion und dem Verbrauch von Gütern widerspiegeln. Effiziente Preissignale auf der Angebots- und der Nachfrageseite müssen den Übergang in eine kohlenstoffarme oder –neutrale Wirtschaft weisen. Dies wird zur Entwicklung neuer Technologien und neuen Produkten führen und so die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft maßgeblich und effizient leiten. Dieser Prozess muss gleichzeitig durch entsprechende Bildung/Weiterbildung der Arbeitnehmer gefördert werden, um Engpässe bei der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern zu vermeiden. Eine solche Entwicklung, aktiv und positiv gestaltet, wird eine Reihe dauerhaft vorteilhafter Aspekte mit sich bringen: eine kohlenstoffarme oder –neutrale Wirtschaft verspricht eine wirtschaftliche Entwicklung, die im Einklang mit den Erfordernissen der Umwelt steht und damit auch langfristig, d.h. den jüngeren und jungen Generationen, eine lebenswerte Perspektive verspricht. Sie kann als ein Konjunkturprogramm angesehen werden, das mit hohen Renditen ausgestattet ist und beiträgt, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas in einer sich erheblich verändernden Welt zu erhalten.
- **Forschung:** Die Forschungsressourcen müssen auf die Entwicklung und Einführung von nachhaltigen und CO₂-armen Energie- und Verkehrssystemen sowie entsprechenden Produkten und der Energieeffizienz im allgemeinen ausgerichtet werden. Die Anstrengungen der Unternehmen müssen vom Staat ihrer Bedeutung entsprechend unterstützt werden. Die Märkte und der Bedarf der Zukunft und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft werden sich mehr und mehr über die Nachhaltigkeit und CO₂-Effizienz der Produktion definieren. Gleichzeitig müssen die gesellschaftlichen und sozialen Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierung erforscht werden, damit flankierende Maßnahmen eingeleitet werden können und der Übergang in eine „low-carbon-society“ angemessen gestaltet werden kann.
- **Sozialpolitik:** die soziale Dimension des Klimawandels ist zweifach und muss vor allem vor dem Hintergrund von sozialer Gerechtigkeit gesehen werden. Ihre zwei Seiten sind bestehende nationale aber auch internationale Ungerechtigkeiten. National muss dafür gesorgt werden, dass die wirtschaftlichen Konsequenzen der Klimapolitik nicht zu neuen Gerechtigkeitslücken führen, d.h. dass auch unter den Bedingungen des Klimawandels und den daraus entstehenden Kosten die Verteilung des volkswirtschaftlichen Einkommens so organisiert ist, dass ein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist. Die andere Seite ergibt sich aus der Tatsache, dass die Menschen in Deutschland und großen Teilen Europas im Vergleich zu Milliarden anderer Menschen in anderen Teilen der Welt materiell vergleichsweise gut dastehen. Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit in Zeiten des Klimawandels werden diese Zusammenhänge berücksichtigen müssen.
- **Finanzpolitik:** die Finanzkrise hat die Welt in eine so vorher nicht vorstellbare wirtschaftliche Krise geführt. Die unmittelbaren Kosten, um einen völligen Kollaps des Weltfinanzsystems zu verhindern, werden auf mehrere Tausend Milliarden Euro geschätzt, ebenso wie der daraus entstandene wirtschaftliche Schaden. Die Verursacher dieses Desasters müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden als dies bisher der Fall ist. Die Neuverschuldung der Industrieländer wie Deutschland infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise engt den politischen und finanziellen Handlungsspielraum, der nötig ist, um entschlossen gegen den Klimawandel vorzugehen, massiv ein. Eine weitere Neuverschuldung kann nur noch in Frage kommen, wenn eine entsprechende

Zukunftsdividende, d.h. eine entsprechend hohe Vermeidung zukünftiger Kosten, mit Sicherheit zu erwarten ist. Spezielle Maßnahmen für einen Beitrag durch den Finanzsektor, auch und insbesondere vor den Erfordernissen der Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel, müssen daher erwogen und international durchgesetzt werden. Dazu gehört auch eine Steuer auf Transaktionen.

- **Erziehung und Bildung** spielen in mehrfacher Hinsicht eine zentrale Rolle für die erfolgreiche Überwindung des Klimaproblems: Das Bewußtsein um die Zusammenhänge des Klimawandels und der daraus resultierenden Konsequenzen muss in der Bevölkerung verankert werden, nicht nur, aber auch um den Boden für die notwendigen Maßnahmen zu bereiten. Für die jungen und nachfolgenden Generationen wird dies zu einer zentralen Frage werden. Nur wenn die Einsicht in die Notwendigkeit für eine wirksame Klimapolitik in der Bevölkerung vorhanden ist und von ihr getragen wird, kann diese in einer demokratischen Gesellschaft Erfolg haben. Erziehung und Bildung müssen diesem Zusammenhang Rechnung tragen. Gleichzeitig müssen auch gesellschaftliche Grundwerte vermittelt werden, die mit einer nachhaltigen Gesellschaft vereinbar sind und diese nicht in Frage stellen, wie dies in der Vergangenheit zunehmend der Fall war. Schließlich wird der Grundstein für ein verändertes, auf die Erfordernisse der Zukunft eingehendes Verhalten in Erziehung und Bildung gelegt.
- **Entwicklungspolitik:** der Klimawandel wird zunächst diejenigen Teile der Welt massiv beeinträchtigen wird, die wirtschaftlich im Vergleich zu den Industrienationen erheblich unterentwickelt sind. Hier wird es mehr und mehr um eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels gehen, die zusätzlich zu den Erfordernissen einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu bewältigen sein wird.
- **Außen- und Sicherheitspolitik:** Die Folgen des Klimawandels insbesondere in den südlicheren Regionen und Asien werden in der nahen Zukunft zu Konflikten um die Verteilung immer knapperer Ressourcen führen. Auch wenn Europa hier noch nicht unmittelbar betroffen ist, wird es sich mittel- und langfristig den dadurch ausgelösten Umwälzungen nicht entziehen können und sich in seiner Außen- und Sicherheitspolitik darauf einstellen müssen. Wie in vielen anderen Bereichen auch, bietet der Klimawandel aber auch eine Chance, die Staatengemeinschaft insgesamt näher zusammenzuführen, wenn anerkannt wird, dass wir alle in einem Boot sitzen und der Herausforderung des Klimawandels eine energische und weltweit abgestimmte Politik entgegengestellt wird. Dies wird voraussichtlich die Überwindung bestehender Konflikte zur gemeinsamen Bekämpfung der durch den Klimawandel verursachten Bedrohung voraussetzen und stellt damit eine Chance dar, auch eine gerechtere Welt(-wirtschafts-)ordnung herzustellen.
- **Demokratie und Gesellschaft:** Es ist nicht auszuschließen, dass die durch den Klimawandel hervorgerufenen Bedrohungen sowie die notwendigen Antworten darauf die Anpassungsfähigkeit auch der europäischen demokratisch organisierten Gesellschaften strapazieren werden. Das dem Klimakomplex immanente Generationenproblem könnte diese Situation weiter zuspitzen und verschärfen. Auch wenn politische Destabilisierungen derzeit im allgemeinen nicht absehbar sind, kann nicht ausgeschlossen werden, dass konsequente Maßnahmen gegen den Klimawandel von einer demokratisch gewählten Regierung auch über Legislaturperioden hinweg (mit möglicherweise wechselnden Regierungen) durchgesetzt werden müssen oder gegen den Protest insbesondere der jüngeren Generationen aus kurzfristigen Interessen der Regierenden heraus nicht durchgesetzt werden wollen. Ohne entsprechende politische Akzeptanz bei der Bevölkerung sind Fragen nach der politischen Legitimität auf die Dauer nicht zu vermeiden, insbesondere wenn diese Maßnahmen, nach der gegenwärtig vorherrschenden Meinung, mit Wohlstandsverlusten einhergehen sollten.

Ein umfassender Ansatz in der Klimapolitik ist daher unverzichtbar. Diese Erkenntnis wird sich in absehbarer Zeit durchsetzen und mehr und mehr zum Allgemeingut werden. Die SPD muss sich hier als Vorreiter positionieren mit dem Ziel, die unvermeidlichen sozialen Folgen einer effektiven Klimapolitik abzufedern und soweit als möglich positiv zu gestalten.

Die Klimapolitik ist ein Politik und Zukunft entscheidendes Thema. Eine gute Klimapolitik alleine wird zwar auch in der Zukunft nicht ausreichen, um Wahlen zu gewinnen; aber ohne eine solche werden in der Zukunft auch keine Wahlen mehr gewonnen werden.

Zur politischen Strategie

Notwendig scheint daher eine politische Strategie, die glaubwürdig und nachvollziehbar auf der einen Seite die Notwendigkeit der Emissionsbeschränkungen darlegt, diese sozial- und demokratieverträglich umzusetzen sucht, gleichzeitig aber einen positiven Ausblick in die Zukunft vermittelt. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, auch zwischen den Generationen, innerhalb und zwischen den verschiedenen Gesellschaften auf der Welt wird hier eine zentrale Rolle spielen müssen.

Der Umbau der Gesellschaft muß schrittweise und evolutionär erfolgen, der Boden hierfür muss sorgfältig vorbereitet werden. Ad-hoc-Aktionen und Panikmache sind daher auszuschliessen. Vielmehr muss die oben angesprochene Strategie Schritt für Schritt erarbeitet werden und sich sukzessive in der politischen Programmatik und politischen Handlungsweise der Partei widerspiegeln.

1. Der erste Schritt sollte die inner- und außerparteiliche Bewußtseinsförderung sein, die mit einer Identifizierung der politischen Prioritäten einhergehen muss.
2. Gleichzeitig muss die Komplexität des Problems und seiner Auswirkungen auf die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Themenstellungen unserer Zeit erkannt und verarbeitet werden, um daraus politische Handlungsstränge und Zielsetzungen ableiten zu können.
3. Mit zunehmender Erkenntnis und breiterer politischer Anerkennung der Zusammenhänge müssen politische und gesellschaftliche Initiative ergriffen werden, die zum einen darauf abzielen, die notwendigen Veränderungen einzuleiten, zum anderen aber die Glaubwürdigkeit dieser Politik unterstreichen, und so zur politischen Mehrheitsbildung in diesem Sinne beitragen.

Eine solche Vorgehensweise erfordert zwangsläufig eine möglichst breite Verankerung in der Gesellschaft und eröffnet gleichzeitig die Chance, die SPD in einem zentralen Thema glaubwürdig und mittelfristig wieder mehrheitsfähig zu positionieren sowie neue Wählerschichten anzusprechen und zu gewinnen. Gleichzeitig muss deutlich gemacht werden, dass der Klimawandel ein globales Problem darstellt, das nur global angepackt werden kann. Solidarität über die eigene Gesellschaft hinaus ist hier unerlässlich.

Dabei geht es nicht um eine auf kurzfristige politische Ziele ausgerichtete Kampagne, sondern um die notwendige Anpassung der Politik der SPD auf grundlegende und im Endeffekt alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereiche beeinflussende Entwicklungen, deren Eintreten nicht mehr vernünftig bezweifelt werden kann. Diese Anpassung kann nur ein über Jahre geführter, kontinuierlicher Prozess sein, der absehbar in politischer Konkurrenz mit den anderen Parteien zu führen ist. Der hierfür zu organisierende politische Diskurs muss sowohl „bottom-up“ als auch „top-down“ sein.

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass sich an der Fähigkeit, diesen Prozeß zu organisieren und zu gestalten, die Frage nach der Mehrheits- und Politikfähigkeit der SPD zu großen Teilen entscheiden wird.

Die Diskussion darüber, wie eine soziale und demokratische Gesellschaft in einer zukunftsgerichteten Klimapolitik in all ihren Facetten auszusehen hat, steht quer durch alle politischen Kräfte einschließlich der Grünen erst am Anfang. Die SPD muss diese Debatte beginnen. Sie muss breit angelegt sein und soviel gesellschaftliche Gruppen und Schichten als möglich miteinbeziehen. Zielsetzung muss sein, eine sozialdemokratische, umfassende Klimapolitik zu entwickeln und damit die politische „Deutungshoheit“ (Gabriel) über ein zentrales Zukunftsthema zu erreichen.

Sozialdemokratische Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität spielen dabei eine zentrale Rolle.

Eine glaubwürdige, überzeugende und zukunftsorientierte Klimapolitik in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft muss zu einem sozialdemokratischem Thema werden, da ihre gesellschaftliche, soziale und politische Dimension zu groß ist, um sie „grün“ (oder bei den Grünen) zu lassen. Anstelle von Alarmismus muss die konkrete Aussicht auf eine Zukunft gesetzt werden, die nicht nur, aber auch das Problem des Klimawandels überwinden kann. Klar muss aber auch sein, dass ein „weiter so“ keine gangbare Alternative, sondern nur eine Verschärfung der Probleme darstellt. Eine gemeinsame, zugegebenermaßen gewaltige Anstrengung aller eröffnet aber die Aussicht auf eine lebenswerte, gerechtere und friedlichere Zukunft nicht nur für die gegenwärtigen, sondern mehr noch für die zukünftigen Generationen.

Konkrete Maßnahmen

- Die Diskussion sollte in den Gliederungen der SPD angestoßen werden, mit dem Ziel, eine eigenständige und tragfähige Position zu formulieren und diese auf Bundesebene mehrheitsfähig zu machen.
- Innerparteiliche Bildungsarbeit (Seminare/Veranstaltungen) muss die Thematik aufgreifen und möglichst systematisch Mitglieder und Funktionsträger erreichen.
- Antrag der SPD-LTF: „Klima“ muss zu einem verpflichtenden Unterrichtsgegenstand in der Schule werden. Mehrere Formen sind hier denkbar (Aktionstage, regelmäßiger Unterricht über ein Schuljahr etc). Ziel muss es sein, sowohl Wissen über den Klimawandel und die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu vermitteln als auch konkrete Anleitungen zu einem klima-kompatiblen Verhalten zu geben, um die Jugendlichen auf weitergehende Schritte in der Klimapolitik vorzubereiten, Verständnis zu wecken usw.
- Bildung von Arbeitsgruppen zu verschiedenen, klimarelevanten Themen: soziale Ausgestaltung des Wandels, wirtschaftliche Erfordernisse (neue Ökonomie), Wertediskussion etc. Dabei sollten so weit als möglich auch außerparteiliche gesellschaftliche Gruppen einbezogen und konsultiert werden (Wirtschaft, Gewerkschaft, etc).
- Die Arbeit der SPD muss von den Ideen der mit dem Thema länger befaßten Organisationen und gesellschaftlich relevanten Gruppen (z. B. BUND, aber auch Greenpeace, WWF etc) profitieren. Dazu sollten Gespräche/Konferenzen/Seminare auf verschiedenen Ebenen (lokal/kommunal, regional und überregional) stattfinden. Hierbei geht es nicht um Anbieterung, sondern um die Diskussion und Aufnahme von Ideen und zugleich aber auch darum zu demonstrieren, dass die SPD über die Probleme nachdenkt und sich intensiv um Lösungen bemüht.

- Wo noch nicht geschehen, sollten kommunale Aktionen (CO2 arme/freie Städte) angeregt und durchgeführt werden.

Anhang

Klimapolitik: einige Fakten

Unabhängig von der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer Überwindung wird die ökologische Krise in ihrer mannigfaltigen Auswirkung bleiben. Dies wird am offensichtlichsten durch den Klimawandel, dessen Kosten, so er nicht entschlossen bekämpft wird, die der Wirtschaftskrise bis um den Faktor 4 jährlich übersteigen³. Der Klimawandel wird für die bestehenden und die nachfolgenden Generationen ein Dauerproblem bleiben und sich massiv auf alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche auswirken. Er wird die nationale und internationale Politik prägen, neue Konflikte heraufbeschwören und bestehende erheblich verschärfen. Selbst wenn die im Rahmen der UN verfolgte internationale Klimapolitik Erfolg haben sollte und die globale Erwärmung auf 2°C begrenzt werden könnte, bedeutet dies eine grundlegende Umwandlung der westlichen Industriegesellschaften. Die Größenordnung dieser Herausforderung wird am besten durch die wissenschaftlich und politisch anerkannte Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht, den Ausstoß von Treibhausgasen dieser Länder auf 20% (Reduktion um 80%) des Niveaus von 1990 bis 2050 zu senken. Durchaus realistische Einschätzungen gehen sogar von 5% (Reduktion um 95%) aus, um eine, aus politischer Sicht langfristig unvermeidbare, global akzeptable pro-Kopf-Aufteilung der Emissionen zu erreichen.

Die UN sieht bei einem „business-as-usual“-Wachstums-Pfad einen Anstieg der Energienachfrage um 45% bis 2030 mit einem Ölpreis von \$180 pro Barrel. Der damit verbundene Anstieg der Treibhausgase um 45% bis 2030 wird zu einem globalen Anstieg der Temperatur auf der Erde um 6°C führen. Der Schaden der Weltwirtschaft wird auf 5 – 10% des globalen Sozialprodukts geschätzt, wobei der Schaden für die ärmeren Länder 10% ihres Sozialprodukts übersteigen wird. Die ökologische Degeneration und der Wassermangel werden zunehmen. Eine Milliarde Menschen werden auf weniger als 1\$ pro Tag angewiesen sein, weitere 3 Milliarden werden nicht mehr als 2\$ pro Tag zur Verfügung haben.

Konkret können die durch den Klimawandel und ein „Weiter-so“ ausgelösten Hauptprobleme laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) mit folgenden Schlagworten beschrieben werden: Mehr als 3 Milliarden Menschen werden ab einer Temperaturerhöhung von 3.5°C und mehr zusätzlich an Wassermangel leiden, der mit Ernährungsproblemen einhergehen wird. Die durch den Klimawandel und seine Folgeerscheinungen ausgelösten Völkerwanderungen werden zwischen 200 Millionen und 1 Milliarde Menschen⁴ betreffen.

Nach dem Pentagon (2003) hat u.a. auch der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2007 eindringlich vor den durch den Klimawandel heraufziehenden Sicherheitsrisiken gewarnt. Wasser- und Nahrungsmittelmangel, eine Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen und die wachsende Anzahl von Klimaflüchtlingen (Migration) stellen die Hauptrisiken dar. Zwar betreffen die Brennpunkte dieser aufkommenden Konflikte nicht so sehr Europa, ihre Auswirkungen werden jedoch auch in Europa deutlich spürbar werden und zu erhöhten Aufwendungen (sei es durch Aufnahme von

³ Der Internationalen Währungs-fonds bezifferte die Kosten der Weltwirtschaftskrise auf \$ 3400 Milliarden im Oktober 2009. Vorherige Angaben waren höher (siehe Gross Financial Stability Report, October 2009, press release, erhältlich unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/gfsr/2009/02/pdf/press.pdf>). Das global Sozialprodukt betrug lt World Economic Outlook 2008 60900 Milliarden. Legt man die Kosten des Stern-Reports zugrunde ergibt sich der Faktor 4.

⁴ <http://www.unfpa.org/webdav/site/global/users/schensul/public/CCPD/papers/Tacoli%20Paper.pdf>

Flüchtlingen, mehr Katastrophenhilfe oder im schlimmsten Fall reine, möglicherweise auch militärische Abwehrmaßnahmen) seitens der Europäer führen.

Der Klimawandel wird zunächst in den am wenigsten entwickelten Staaten massiv spürbar werden und dort politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche hervorrufen. Es ist absehbar, dass die bisher bestehenden Entwicklungsprobleme dadurch eine neue Dimension erhalten, die die Entwicklungspolitik sehr schnell in Sicherheitspolitik transformiert. Aber auch ohne diese Entwicklung werden sich die Entwicklungsprobleme durch den Klimawandel verschärfen.

Der Stern-Report beziffert die rein ökonomischen Kosten des Klimawandels und des Nichtstuns auf mindestens 5% des globalen Bruttosozialprodukts jedes Jahr, eine Zahl, die sich unter nicht unwahrscheinlichen Umständen auf 20% ausweiten kann. Geht man von einem Weltbruttoinlandsprodukt von \$ 60900 Milliarden⁵ aus, bedeutet dies einen jährlichen Schaden in Höhe von \$ 3000 bis 12000 Milliarden. Auch wenn es schwierig ist und von unterschiedlichsten Annahmen abhängt, wie sich die Kosten des Klimawandels zeigen werden, muß ihre exorbitante Höhe generell als gesichert gelten.

Demgegenüber stehen sofortige Aufwendungen von 1% des globalen Bruttosozialprodukts (\$ 609 Milliarden), die diese in naher Zukunft anfallenden Kosten vermeiden würden, also eine jährliche „Rendite“ zwischen 600 und 2000% abwerfen würden. Das Stockholm Environment Institute schätzt die jährlichen Kosten auf eine Bandbreite zwischen 1.1% und 3.3% des EU BSP 2020 (nominal zwischen 150 und 450 Mrd €) als Beitrag der EU zu einer globalen Anstrengung. Insgesamt werden für den Zeitraum 2010 bis 2020 auf EU-Ebene € 2000 Mrd angesetzt. Die Internationale Energieagentur (IEA) geht von Mehrinvestitionen in Höhe von \$ 10500 Milliarden Dollar bis 2030 aus, um eine 50%-Chance zur Vermeidung eines irreversiblen Klimawandels zu erhalten. Diesem Szenario entspricht auf der anderen Seite ökonomischer Nutzen in Höhe von \$ 8600 Milliarden, der sich aus Investitionen in Einsparungen für Energieimporte und Energieeffizienz im Verkehr, bei Gebäuden und der Industrie ergibt. Ähnliche Zahlen sieht der WWF in einem Zeithorizont bis 2050 und Investitionen, die ihren Höhepunkt mit jährlich 400 Milliarden Dollar in 2025 erreichen und dann allmählich abnehmen. Dies zeigt, dass schnelles und entschlossenes Handeln die Kosten des Klimawandels erheblich senken, seine Vermeidung aber nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Die UN sieht in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und ihrem Zusammenfallen mit der Klima- und Energiekrise eine „ideale Gelegenheit“, die ökonomische Erholung mit dem notwendigen Übergang in eine „low-carbon-economy“ zu verbinden. Dies wird auch von anderen Organisationen (IEA) und NGOs (WWF etc) unterstrichen. Nur unter diesen Umständen kann wirtschaftliches Wachstum nachhaltig sein. Denn ein weiteres Anwachsen der Weltbevölkerung ist wahrscheinlich. Szenarien der UN gehen von 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 aus. Wenn unter diesen Umständen die oben beschriebenen Reduktionsziele beibehalten werden sollen und gleichzeitig ein durchschnittliches globales Wachstum von 2% gewährleistet werden soll, muß die Kohlenstoffintensität der Wirtschaft jedes Jahr um 11% fallen, d.h. jedes Jahr 16 mal schneller als im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2008. Nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wachstum sind daher mit der heute, in den Industrieländern vorherrschenden undifferenzierten wirtschaftlichen Wachstumsideologie nicht vereinbar.

⁵ Siehe die Datengrundlage des World Economic Outlook des IMF in Fn 1